

Wer hat Angst vor Reformen?

Wie die Politik noch hilft, dass die Sitten im Sozialbereich verludern **Streit im Sozialbereich beim Kindergeld ist nur das aktuelle Beispiel**

Wenn es um wirklich oder angeblich wichtige Sozialfragen geht, pfeifen unsere Politiker immer öfters auf Recht und Gesetz. Die Zuverdienstgrenze beim Kindergeld wird von Ministern, die auf die Verfassung geschworen haben, einfach negieren. Illegale Pflege und damit der Bruch des Arbeitsrechts und die Verletzung der Steuerpflicht werden einfach legalisiert. Die Bürger pfeifen auf das gesetzliche Pensionsalter, weil es die Politiker selbst so vortanzen. Es scheint so, als ob Recht und Gesetz im Sozialstaat ausgespielt haben.

Natürlich ist es so, dass alle diese Bereiche – und viele andere dazu – sozialen Sprengstoff in sich bergen. Viele sind auf das Kindergeld angewiesen, viele können sich legale Pflege zu Hause schlicht nicht leisten und viele sind im Ruhestand auf jeden Euro angewiesen.

Hier Hilfen anzubieten, ist ureigenste Aufgabe der Politik. Aber zu viele politische Akteure haben weniger ihre Aufgabe im Auge als den Weg des geringsten Widerstandes, um die eigene Wiederwahl nicht zu gefährden. Wenn die Auswirkungen einer Maßnahme im Sozialbereich unangenehm zu werden beginnen, verlieren sie die Nerven. Statt die Probleme mit rechtsstaatlichen Mitteln zu lösen, hilft die Politik noch nach, dass die Sitten im Sozialbereich noch verludern.

Wenn es um die Ärmsten und Schwächsten geht, dürfte dem Staat eben nichts zu schade sein, ist dann zu hören. So, als ob solcherart gerechtfertigte zusätzliche Ausgaben nicht erst recht wieder die Ärmsten und Schwächsten trafen. Nämlich die der späteren Generation, die die so entstandenen Defizite und Schulden ohne eigenen Vorteil ausgleichen und zurückzahlen müssen.

Wenn selbst die Regierenden und die Volksvertreter sich nicht um Recht und Gesetz scheren, weil das in manchem Bereich politisch ungemütliche Folgen hat, fragt sich der Normalbürger, warum er päpstlicher sein soll als der Papst. Wer – aus welchen Motiv auch immer – illegale oder halb legale Mittel wählt, um seine Probleme im Sozialbereich zu lösen, wer sein Einkommen falsch deklariert und mit allen möglichen Schlichen danach trachtet, möglichst früh in Pension zu gehen, braucht gar kein schlechtes Gewissen zu haben.

Der aber, der seine Steuern pünktlich und vollständig zahlt, der hohe Kosten auf sich nimmt, um die Regeln des Sozialstaates nicht zu verletzen, fühlt sich als Dumme. Die Sozialpolitiker müssen sich schön langsam entscheiden, auf wessen Seite sie stehen, damit jeder Bürger weiß, woran er mit seinem Verhalten ist. **Quelle:** Kleine Zeitung

Gleiches Recht

Wenn jemand wissentlich den Staat betrügt, ist er zur Verantwortung zu ziehen. Das ist ja die eigentliche Krux: Diejenigen, die mehr verdienen, kommen durch diesen eigenartigen Erlass der unkontrollierten Auszahlung zu Geld, das eigentlich nicht für sie gedacht ist. Was hat sich da Herr Minister Haupt gedacht? Wenn einer Steuer hinterzieht, wird er bestraft, wenn einer seine Steuern nicht rechtzeitig bezahlt, muss er ganz schön Strafzinsen zahlen. Gleiches Recht für alle. Wenn einer zu Unrecht Kindergeld bezogen hat, braucht er es nur zurückzuzahlen. Er könnte eigentlich Danke sagen, in der Zwischenzeit hatte er ein unverzinstes Darlehen vom Staat. **Leserbrief:** Helga Stubenvoll

Bildungsoffensive

Im internationalen Vergleich sind die Österreicher wahre Bildungsmuffel: Nur etwa 1000 Arbeitnehmer nutzen im Vorjahr die Möglichkeit zur Bildungskarenz – also zur Vorbildung während eines aufrechten Beschäftigungsverhältnisses. Das soll sich ändern: Die Sozialpartner wollen die Bildungskarenz deutlich aufwerten. Verschärft werden sollen hingegen die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose.

Reisen bildet ungemein

Aktive Arbeitsmarktpolitik darf nicht beim aktiven Verwalten der Arbeitslosigkeit aufhören. In Zeiten tausender fehlender Fachkräfte der Aus- und Weiterbildung enorme Bedeutung zu. Bei der an sich guten Idee der Bildungskarenz zeigt sich aber, wie bieder kleinkariert mit dem Thema umgegangen wird. Seit 1998 gibt es sie schon, aber bisher sind erst 14.000 Beschäftigte auf Bildungskarenz gewesen. Davon die Hälfte im Jahr 1999 und 2000, als man noch direkt von der (Kinder-)karenz in die Bildungskarenz wechseln durfte. Das war offensichtlich so attraktiv, dass es gleich verboten wurde. Das Modell blieb ein Flop: Kaum Geld, kein Rechtsanspruch oder Kündigungsschutz, praxisferne

Anspruchsvoraussetzungen. Das Misstrauen, das sich Einzelne auf Kosten der Allgemeinheit eine schöne Auszeit nehmen, war stets zu groß.

Klar, dass nicht halbe Belegschaften für ein ganzes Jahr in irgendwelchen praxisfernen Kursen verschwinden können. Sollten die Sozialpartner aber mit ihrem vernünftigen, wenn auch hoffentlich letzten Reformversuch scheitern, wäre es ehrlicher, die Bildungskarenz abzuschaffen. Sinnvoller wäre das Geld in einer ausgedehnten Bildungsreise für Österreichs Politiker angelegt.

In Schweden und Dänemark werden 60 Prozent der Arbeitnehmer ständig beruflich fortgebildet, hierzulande 30 Prozent – und das wesentlich kürzer. Nicht nur die Erwachsenenbildung: In Skandinavien können unserer Politiker schwierige Fächer wie Schul- und Steuerpolitik, Forschung und Kinderbetreuung gleich mitstudieren. **Quelle:** Auszug – Kurier, August 2007

Rechnungshof: Vier Milliarden Sparpotenzial

Seit Jahrzehnten prüft der Bundesrechnungshof die öffentliche Verwaltung. Immer wieder deckt er größere und kleinere Fälle von Misswirtschaft oder Korruption auf. Seit Jahrzehnten macht man Vorschläge, wie das verhindert werden könnte. Mit mäßigen Erfolg. Den die Politik und deren Klientel sind kaum daran interessiert, Reformvorschläge umzusetzen. So etwas wäre nicht nur mit Arbeit verbunden, sondern auch mit dem Widerstand der betroffenen Gruppen. – also der Beamte und öffentliche Bediensteten.

Nun macht der Präsident des Rechnungshofs Josef Moser, einen neuen Anlauf. Er fasste die wichtigsten Prüfungsergebnisse der letzten Jahre zusammen und erstellte einen Reformkatalog: 206 konkrete Vorschläge sind darin enthalten, mit einem Einsparungspotential von rund vier Milliarden Euro pro Jahr, wie Moser im ORF betonte. Das wären aber nicht nur gesparte vier Milliarden, dafür gebe es zusätzlich eine effiziente Verwaltung und mehr Bürgernähe.

Ein riesiges Potential sieht Moser bei den öffentlichen Bediensteten. Allein 35 Millionen könnte man sparen, wenn diverse Zugaben bei Kranken oder im Urlaub nicht zusätzlich bezahlt würden. Langfristig könnte noch deutlich mehr gespart werden, würden alle Bundesländer die Pensionsregelung der Bundes übernehmen: So kommen Salzburger Landesbeamter mit einer bis zu 50 Prozent höheren Pension rechnen als ein vergleichbarer Bundesbeamter. Ähnliches Beispiel die Polizei: Wenn hier normale Bürodienste wie etwa die Ausgaben von Uniformen nicht von teurer ausgebildeten Polizisten gemacht würden, kämen mehr Beamte auf die Straße – bei gleichzeitig geringeren Kosten. Oder wenn drei Wetterdienste (Verteidigungsministerium), Zamg und Austria-Control) zusammengelegt würde, könnte man 16 Millionen einsparen. Im Pflichtschulbereich spricht Moser für die Zusammenlegung kleiner Schulen innerhalb weniger Kilometer aus. Im Gesundheitsbereich spricht er von „Standortbereinigung“ und will die Auslastung einzelner Abteilungen prüfen sowie neue Schwerpunkte schaffen.

Eine Milliarde Euro sieht Moser bei der ÖBB, wenn diverse Nebengebühren nicht mehr pensionsbegründet gerechnet würden. **Quelle:** Kleine Zeitung 2007

Rechnungshof – Kritik niemand will sparen

Massive Kritik riefen die Vorschläge des Bundeshofes zum Thema Milliarden-Einsparungen hervor. Sowohl in den Bundesländern Salzburg und Burgenland, wie auch bei der ÖBB gibt es Ablehnung für die Vorschläge zu Einsparungen im Pensionsbereich. Schärfere die Ärztekammer, die von verheerenden Unkenntnis im Gesundheitsbereich spricht, die Gemeinden orten „Luftschlösser“.

Reformen bedeuten Knochenarbeit, also nichts für viele Politiker.

Das Problem ist seit Jahren das gleiche: Der Rechnungshof übt Kritik an der Verwaltung. Er zeigt Fälle von Misswirtschaft, Verschwendung oder gar Korruption auf – ein Aufheulen geht durch die Medien. Manchmal sogar ein Aufschrei.

Die Politik regiert: Einerseits wird der Staatsanwalt aufgefordert, die Korruption zu bekämpfen. Oft wird eine Körperschaft aktiv und fordert die andere auf, endlich hart durchzugreifen – Länder gegen Bund und umgekehrt. Später kommt dann auch die Opposition daher, sofern sie sich nicht gerade auf Urlaub befindet, und weiß zu berichten, dass von dieser Regierung nichts anders zu erwarten sei. Und sie möglichst rasch auszutauschen sei. – bei der nächsten Wahl im Jahre Schnee.

Spätestens aber am dritten Tag nach der Rechnungshofkritik erobern die Beschwichtigungshofräte in Form von Politikern, Interessenvertretern oder tatsächliche Hofräten die Bühne. Und erklärte Wortreich, weshalb gerade jene vom Rechnungshof empfohlene Maßnahme a) nicht sinnvoll b) nicht möglich und c) überhaupt kontraproduktiv wäre.

Manche Politiker machen sich nicht einmal die Mühe, sich mit den Kritikpunkt im Einzelnen auseinander zu setzen, sie erledigen das in einem Aufwaschen: „Theoretiker haben wir genug im Land“, diskreditierte zuletzt etwa Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller die erfahrenen Beamten des Rechnungshofs.

Andere machen es ein wenig eleganter, aber mit dem gleichen Effekt – dass wieder einmal nichts passiert: Sie verweisen auf die seit Jahren geplante und seit Jahrzehnten diskutierte große Verwaltungsreform, mit der dann alle Probleme gelöst werden – irgendwann einmal – vielleicht.

Quelle Kleine Zeitung 2007

Am Klimaschutz zeigt wie dringend Reformen wären.

Wie gefährlich ist Andreas Wabl? Die Kurzzeit - Berufung des grünen Ex-Politikers als Klimaschutzbeauftragter im Kanzleramt hat bei der ÖVP, aber auch innerhalb der SPÖ Unbehagen hervorrufen. Was beabsichtigt war.

Alfred Gusenbauer nennt als Begründung die unbestreitbare Tatsache, dass Klimaschutz eine „Querschnittsmaterie“ sei. Daher müsse man zusammenarbeiten. No na. Trockenperioden, Überschwemmungen und Gletscherschmelz richten sich nicht nach den Ministerengesetze und benötigten daher ressourcenübergreifende Maßnahmen. Als „Überlebenspolitik“ wie es der Kanzler nannte. Die Frage ist nur was Wabl wirklich tun kann.

Wahrscheinlich nicht mehr als Papier einholen, Gespräche führen und zwischendurch periodisch Alarm schlagen, wenn ihm das ohnedies schon Bekannte sauer aufstößt. Doch viel mehr ist nicht drinnen. Formal zuständig ist Josef Pröll und daneben, so fern es Geld kostet, der Finanzminister, der Verkehrsminister, wenn neue Mauten eingeführt werden, oder der Wirtschaftsminister, wenn es um Förderungen und Verordnungen geht. Wabl kann nur gut zureden und danach berichten, vielleicht auch Vorschläge machen – doch tätig werden kann er nur über den Kanzler. Er ist so stark, wie Gusi ist und der ist wieder an das Einstimmigkeitsprinzip im Ministerrat gebunden. Ohne Mandat keine Musik.

Querelen in der Regierung

Wären in dieser Regierung alle gutwillig, so gäbe es auch kein Problem. Nicht nur beim Klimaschutz. Hätte diese angebliche Koalition die erzielte Reduktion der Eurofighter-Stückzahl einvernehmlich betrieben, hätte Darabos und Barteinstein auch gemeinsam verhandeln müssen und es wäre danach nicht sofort die Querelen über verlorene Gegengeschäfte ausgebrochen. So ließ man einander „deppert sterben“. Streng nach Zuständigkeit- Querschnittsmaterie? Nein – querschnittsgelähmt!

Eine Verfassung, die noch aus der Zeiten stammt, da eine Monarch oberster Schiedsrichter war, ließ im 21. Jahrhundert einen Zustand entstehen, in dem eine Ministerverantwortlichkeit zum hemmenden Götzen geworden ist. Denn der HBP kann materiell nicht eingreifen und die Parteien sind eben so, wie sie sind. Wäre Österreich ein Konzern, so hätte er längst seine internen Regeln ändern müssen. Aber die Republik ist kein Konzern und so wird altmodisch weitergewurschtelt. ... Quelle: Kurier 2007

Wird das Erwachen wirklich bitter?

„Wie derzeit mit dem Vermögen der Steuerzahler umgegangen wird, das hat es in der Zweiten Republik selten gegeben“: Dieser Alarmruf der Präsidenten der Industriellenvereinigung, Veit Sorger, erfolgt zu Recht, denn die Steuereinnahmen werden nicht ewig so sprudeln, wie das derzeit der Fall ist und dann – so Veit Sorger weiter – „wird das Erwachen bitter sein“.

Politikern und Gewerkschaften ist das allerdings völlig egal. Die einen schielen schon auf die Nationalratswahlen 2010, wobei die SPÖ der Kanzler behalten und die ÖVP den Posten des Regierungschefs zurückgewinnen will. Nur keine Wähler verkrämen, lautet deshalb die Devise, und Geld darf dabei keine Rolle spielen, wie wir vom „roten“ Sozialminister wissen.

Fragen über eine dauerhafte Finanzierung des Pensionssystems, über bald explodierende Kosten für die Pflege werden abgeblockt, die Fragesteller als ewige Nörgler verteufelt. Das machen sich dann Gewerkschafter vom Typ eines Fritz Neugebauer zu Nutze, indem sie um 4% mehr für die Beamten verlangen, wohl wissend, dass das zusammen mit den automatischen Vorrücken (Biennien) nicht vier, sondern über fünf Prozent Erhöhung für die Beamten sind.

Unterdessen werden bei der Post, bei der Bahn usw. Beamte in die Frühpension geschickt, weil man sie nicht mehr brauchen kann. Auch das muss finanziert werden. Das Alarmierende ist allerdings, dass angesichts sprudelnder Steuereinnahmen von einem zügigen Abbau unseres zig - Milliarden Budgetdefizits nichts zu bemerken ist, und das muss für die Zukunft nachdenklich stimmen.

Quelle: Peter Gnam, 27. Nov. 2007, Kronen Zeitung